

V0749/22

Klimaneutrale Stadtverwaltung 2030; Startbilanz und Sachstand
(Referentin: Bürgermeisterin Petra Kleine)

Stadtrat vom 25.10.2022

Stadtrat Wittmann merkt an, dass er dieser Vorlage problemlos zustimmen könne. Den Sachstandsbericht der beauftragten Firma könne er aber so nicht zur Kenntnis nehmen, denn dieser sei in keiner Weise zufriedenstellend. Seines Erachtens sei dies wieder ein Stück Papier was zusammenfrage, was bereits bekannt sei. Stadtrat Wittmann verweist auf die Beschlussfassung des Jahres 2019, dass ab Januar 2020 der gesamte Strom der Stadt und deren Töchter grün werde und der Strombezug aus Norwegen erfolge. Dies bedeutet, dass diese Bilanz, die noch 37 Prozent CO₂-Ausstoß aufweise beim Strombezug eigentlich obsolet sei und dies aber Januar 2020 nicht korrekt sei. Beruhigend sei allerdings, dass dieses Dokument klimaneutral durch Kompensationen erstellt worden sei. Stadtrat Wittmann gehe davon aus, dass nach Auslauf des Vertrages wieder ein ähnlicher Strombezugsvertrag abgeschlossen werde. Insofern unterstelle er, dass beim Strombezug kein CO₂-Fußabdruck mehr entstehe. Den zweiten Bereich betreffend handelt es sich um die eigenen Wärmeerzeugungsanlagen, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden und für die Ertüchtigung der Gebäude sorgen. Hier müsse man dem Baureferat keinen Tipp geben, denn diese wissen genau wie man möglichst CO₂ neutral werde. Als dritten Bereich verweist er auf die Pendlerbewegungen der Mitarbeiter. Diesen könne nicht vorgeschrieben werden, auf welchen Weg sie zum Dienst kommen. Das aufgeführte Fazit gebe keine neuen Erkenntnisse. Stadtrat Wittmann stellt fest, dass in diesem Papier nichts stehe, was verwendet werden könne um den CO₂-Fußabdruck der Stadt zu reduzieren. Er wünsche sich hier schon mehr. Er fragt nach, wann die geplante Sondersitzung des Stadtrates zum Thema Klimaschutz avisiert sei. Hier könnte man sich intensiv mit diesem Thema auseinandersetzen. Er bittet darum künftig solche Aufträge zu vermeiden, denn diese bringen nichts außer unnötige Kosten.

Bürgermeisterin Kleine stellt nochmals dar, warum für diese Startbilanz das Jahr 2019 gewählt worden sei. Es gehe darum das Klimaneutralitätsziel 2030 transparent und nachvollziehbar darzustellen, so wie dies auch in anderen Kommunen der Fall sei. Wäre diese Startbilanz schon öffentlich mit zugänglichen Daten und Handlungsfeldern vorgelegen, dann hätte man dies nicht in Auftrag gegeben. Bürgermeisterin Kleine betont, dass dies auf keinen Fall den Stadtrat oder die Verwaltung belehren soll. Hierbei handelt es sich nur um die sachliche Darstellung des Jahres 2019 als Bezugsjahr, dem Stadtrat zur Kenntnis. Der Vorteil für den Altbürgermeister und Oberbürgermeister sei doch gerade, dass die Maßnahme der vorherigen Verwaltungsspitze dann noch einmal dargestellt würden – dies sei auch eine politische faire Vorgehensweise. Die Erstellung einer Startbilanz und kontinuierliche Darstellung der Fortschritte sei sachlich geboten, die Aufregung darüber müsse von daher gar nicht sein. Weiter verweist Bürgermeisterin Kleine auf die Vorlage des Energieberichts und die wichtigsten Maßnahmen zu den Energiezielen für die städtischen Gebäude im kommenden Sitzungslauf. Bürgermeisterin Kleine bittet darum, die Startbilanz als Auftakt für ein transparentes, strukturiertes Vorgehen zum Erreichen der Klimaziele für eine neutrale Stadtverwaltung zu betrachten und dies so zur Kenntnis zu nehmen.

Stadtrat Dr. Lösel bemängelt, dass nach drei Jahren jetzt der Zeitpunkt sei, um Informationen zu erhalten, welche bereits im Oktober 2019 vorgelegen sind. Der Strombezug sei damals auf norwegischen Wasserstrom umgestellt worden. Er betont, dass man damals bereits komplett CO2 freien Strombezug gehabt habe. Insofern sei das Jahr 2019 nicht der Ausgangspunkt, denn hier sei bereits der Beschluss gefasst gewesen. Stadtrat Dr. Lösel bittet darum dies so darzustellen, wie es im Jahr 2019 beschlossen worden sei.

Bürgermeisterin Kleine wisse nicht, wie der Beschluss damals vollzogen worden sei. Dass in allen städtischen Beteiligungen diese Klimaziele erreicht werden sollen, müsse erst miteinander erarbeitet und dargestellt werden. Jede Beteiligungsgesellschaft habe einen anderen Status und Vorlauf. Sie weist darauf hin, hier faktenorientiert vorzugehen.

Stadtrat Achhammer verweist auf die vorangehende Diskussion zur Versorgungssicherheit durch die Stadtwerke und die evtl. auftretenden Problemfälle. Auch das Thema „Klimaneutrale Stadtverwaltung“ müsse in diesem Zusammenhang betrachtet werden. Hier müsse ein neues Standbein im Hinblick auf die Versorgungssicherheit aufgestellt werden. Er bemängelt, dass dies in dem vorgelegten Bericht nicht aufgezeigt sei. Dies gehöre aber seines Erachtens unmittelbar zusammen diskutiert.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.